19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)

vom 2. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 3. Juli 2025)

zum Thema:

Standorte für Windkraftanlagen

und **Antwort** vom 18. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Juli 2025)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Herrn Abgeordneten Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)
über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23190
vom 2. Juli 2025
über Standorte für Windkraftanlagen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:
Nach welchen Kriterien hat der Senat die acht potenziellen Standorte für Windkraftanlagen ausgewählt?

Antwort zu 1:
Es wird auf die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 19/22791, Frage Nr. 7 verwiesen.

Frage 2:
Gibt es eine schriftliche Auswertung, die alle Standorte aus der Machbarkeitsstudie ‚Windenergienutzung in Berlin – Prüfkulisse für den Flächenbeitragswert‘ miteinander vergleicht? Falls ja, wo kann diese eingesehen werden?

Antwort zu 2:
Nein.

Frage 3:
Welche Senatsverwaltungen bzw. Stakeholder waren in der Auswahl der Standorte einbezogen?

Antwort zu 3:
Es wird auf die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 19/22791, Frage Nr. 8 verwiesen.

Frage 4:
Gab es vorab Gespräche mit den Vertreter*innen der Bezirke?

1. Wenn nein – warum nicht?
2. Wenn ja – welche Einschätzungen haben die Bezirke zu den einzelnen Standorten gegeben?
3. Wie werden die Bezirke in den weiteren Prozess einbezogen? Wie sieht der genaue Zeitplan für die weiteren Planungen aus?

Antwort zu 4, 4.1 – 4.3:

Es wird auf die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 19/22791, Frage Nr. 5 sowie die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 19/22999, Frage Nr. 5 verwiesen.

Ergänzend zur verwaltungsinternen Vorabstimmung wurde im Juni 2024 mit den Bezirken ein Nachfragetermin durchgeführt. Insgesamt haben die Bezirke sich zu folgenden Schwerpunkten geäußert:

- Verkleinerung der Flächenkulisse insgesamt
- Ablehnung bzw. Einschränkung einzelner Teilareale
- Überprüfung der Abstände zu Wohnflächen
- Priorisierung von Flächen außerhalb geschützter Biotope und mit vorhandenen Windenergieanlagen
- Berücksichtigung natur- und artenschutzrechtlicher Belange
- Beachtung der Wasserschutzgebiete

Alle Stellungnahmen und Einschätzungen der Bezirke aus der Vorabstimmung wurden geprüft und in die Vorbereitung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung einbezogen. Die Windenergie-Gebietskulisse wurde kriterienbasiert insgesamt deutlich reduziert. Es ist beabsichtigt das FNP-Änderungsverfahren bis Ende 2027 abzuschließen.

Frage 5:

Wann beabsichtigt der Senat, eine abschließende Entscheidung darüber zu treffen, auf welchen Flächen gegebenenfalls Windkraftanlagen errichtet werden sollen?

Antwort zu 5:

Für das laufende FNP-Änderungsverfahren „Windenergie in Berlin“ wird ein Senatsbeschluss für Mitte 2027 angestrebt. Darüber hinaus wird auf die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 19/22791, Frage Nr. 13 verwiesen.

Frage 6:

Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche mit anderen Bundesländern zur Umsetzung des Bundesgesetzes, wonach ein Teil der Fächerausweisungen im Rahmen eines Staatsvertrags durch andere Länder übernommen werden kann?

1. Mit welchen Bundesländern wurden diesbezüglich Gespräche geführt? Bitte um Auflistung der bislang Gesprächsrunden.
2. Welche Bundesländer haben eine grundsätzliche Offenheit zur Übernahme von Flächenausweisungen signalisiert? An welche Bedingungen wurde dies geknüpft?
3. Wird der Senat weiterhin versuchen andere Bundesländer von der Übernahme von Flächenausweisungen zu überzeugen? Wenn ja, mit welchen Bundesländern sind weitere Gespräche geplant?

Antwort zu 6:

Nach der aktuell gültigen Gesetzeslage ist es nicht möglich, dass ein Staatsvertrag über Flächenüberhänge auf den länderspezifischen Flächenbeitragswert angerechnet wird. Die entsprechende Frist im § 7 Abs. 4 WindBG (Windenergieflächenbedarfsgesetz) ist am 31. Mai 2024 verstrichen. Jedoch waren die verschiedenen Aktivitäten des Landes Berlin, diese Frist zu verlängern, erfolgreich: Bereits im vergangenen Jahr brachte das Land Berlin einen Änderungsantrag mit Verlängerung der Frist auf 2026 zum entsprechenden Gesetzesentwurf zur Umsetzung der europäischen RED-III-Richtlinie 2023/2413 (Renewable Energy Directive III) im Bundesrat ein, der mehrheitlich beschlossen wurde. Aufgrund der Auflösung der Ampel-Regierungskoalition im Herbst 2024 wurde das Gesetzesvorhaben damals nicht abgeschlossen. Nunmehr wurde das Verfahren der RED-III-Umsetzung wieder aufgenommen, und die Bundestagsfraktionen übernahmen die Anregung des Landes Berlin, die Frist für den Staatsvertrag zu verlängern.

Das „Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz sowie für Planverfahren nach dem Baugesetzbuch und dem Raumordnungsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes und zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes“ wurde am 10. Juli 2025 vom Bundestag und am 11. Juli 2025 vom Bundesrat verabschiedet.

Die Frist zur Vorlage eines Staatsvertrags wird ab Inkrafttreten der Gesetzesänderung nunmehr der 31.12.2026 sein.

Antwort zu 6.1:

Der Senat ist seit Anfang 2024 mit sieben Bundesländern zur Bereitstellung von Überhangflächen zur Ausweisung eines Teils des Berliner Flächenziels auf dem Gebiet anderer Bundesländer im Austausch. Von der anderen Seite wurde um Vertraulichkeit gebeten. Zudem ist es nicht zielführend, im laufenden Prozess jedweden Schritt bei Sondierungsgesprächen und Vertragsanbahnungen zu veröffentlichen. Der Senat von Berlin wird zu gegebener Zeit die notwendigen Informationen veröffentlichen.

Antwort zu 6.2:

Eine grundsätzliche Offenheit für die herausfordernde Situation in Berlin wurde von allen Bundesländern, mit denen der Senat von Berlin im Austausch war, signalisiert. Jedoch wurde stets auch gefragt, was Berlin selber unternehme, und dargelegt, welche zum Teil sehr schmerzlichen Kompromisse diese Bundesländer eingehen müssen, um ihre, für Flächenbundesländer wesentlich höheren, Flächenbeitragswerte (1,8 – 2,2 %) zu erreichen:

Die jeweiligen Bundesländer müssen Forsten und Wälder sowie Landschaftsschutzgebiete grundsätzlich bei der Suche nach und der Ausweisung von Windenergiegebieten einbeziehen. Bestehende Landeswaldgesetze wurden für den Ausbau der Windenergienutzung geändert, so dass Windenergieanlagen nur noch in besonders geschützten Bereichen ausgeschlossen sind und im Rest des Waldes grundsätzlich genehmigungsfähig.

Es wurde durch andere Bundesländer mehrfach klargestellt, dass der Berliner Wald nicht schützenswerter sei als der Wald eines anderen Bundeslandes. In diesem Kontext wurde auch die Einstufung des Berliner Waldes in der Berliner Windpotenzialstudie angesprochen: Der größte Teil des Berliner Waldes erhielt hier den sehr hohen und negativen Konfliktrisikowert 5 (sehr hohes Konfliktrisiko), nur ausgewählte Gebiete wurden mit dem Konfliktrisikowert 3 (mittleres Konfliktrisiko) eingestuft. In anderen Bundesländern erhielten Waldgebiete zum Teil wesentlich niedrigere Konfliktrisikowerte: So sind in Niedersachsen verschiedene Waldschutzgebiete von Windenergienutzung ausgeschlossen, aber Laub-, Nadel- und Mischwald erhielt den niedrigsten Konfliktrisikowert 1, bei dem davon ausgegangen wird, dass eine Windenergienutzung regelmäßig möglich ist. Waldsaum von Flächen, die größer als drei Hektar sind, erhielt den Konfliktrisikowert 2. Im Saarland werden ökologisch wertvolle Waldflächen (5 neue Kriterien im Landeswaldgesetz) von Windenergienutzung ausgeschlossen; der restliche Laub- und Mischwald erhielt die Konfliktrisikoklasse 3 und Nadelwald die Konfliktrisikoklasse 2. Auch in Bayern werden nur bestimmte Waldkategorien von der Windenergienutzung ausgeschlossen, die restlichen gelten als bedingt geeignet.

Auch Landschaftsschutzgebiete sollen häufig als Windenergiegebiete ausgewiesen werden. Es besteht die grundsätzliche Erwartungshaltung, dass Berlin auf seinen eigenen Landesflächen alles Erforderliche und Angemessene unternimmt, was auch von anderen Bundesländern getan wird, um den Flächenbeitragswert zu erreichen.

Für den Fall, dass dies nachweislich nicht ausreicht, um den Berliner Flächenbeitragswert auf Berliner Landesgebiet zu erfüllen, wurde eine grundsätzliche Offenheit zu einem Staatsvertrag über Flächenüberhänge zur Erfüllung des Flächenbeitragswertes signalisiert.

Antwort zu 6.3:

Ja, der Senat von Berlin wird weiterhin mit anderen Bundesländern im Austausch bleiben über einen möglichen Staatsvertrag zu Flächenüberhängen.

Frage 7:

Wie bewertet der Senat die Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen in Wäldern, insbesondere hinsichtlich des Naturschutzes? Bitte um eine Einschätzung für jeden der vorgeschlagenen acht Standorte, für den dies von Relevanz ist.

Antwort zu 7:

Der Senat ist sich der besonderen Bedeutung des Waldes und der hohen Konfliktslagen im Hinblick auf eine Nutzung für Windenergie sehr bewusst. Die vorliegende Planung ist ausschließlich den Vorgaben des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) des Bundes geschuldet. Im Land Berlin sind alle Waldflächen in Ihrer Funktion für den Naturschutz, den Klimaschutz und die Klimaanpassung, die Erholung der Bevölkerung als auch für die Trinkwassergewinnung von sehr hoher Bedeutung. Daher weist das Berliner Landeswaldgesetz diesen in seiner Gesamtheit als Schutz- und Erholungswald – bundesweit die höchste Schutzkategorie – aus. Reine Forstflächen im Sinne eines Wirtschaftswaldes, wie sie den

bundesweiten Kriterien zugrunde liegen, gibt es in Berlin nicht. Die Standorte unterscheiden sich daher in ihrer gleichermaßen hohen Bedeutung für den Naturschutz grundsätzlich nicht.

Frage 8:

Inwieweit hat der Senat bei der Auswahl von Standorten für Windkraftanlagen in Waldgebieten die Schutzbedürfnisse von Vögeln und Fledermäusen sowie deren Lebensräume besonders berücksichtigt?

Antwort zu 8:

Die Schutzbedürfnisse von Vögeln und Fledermäusen sowie deren Lebensräumen wurden bei der Ermittlung geeigneter Flächen für Windenergiegebiete insbesondere durch die Festlegung spezieller Ausschluss- und Restriktionskriterien berücksichtigt. Als Ausschlusskriterien gelten u.a. Europäische Vogelschutzgebiete (Special Protection Areas) sowie sogenannte „Sensible Gebiete“, das sind Gebiete mit landesweit bedeutenden Vorkommen mindestens einer durch den Ausbau der Windenergie betroffenen Art. Diese beiden Kriterien stehen einer Ausweisung als Windenergiegebiet entgegen. Darüber hinaus wurden als Restriktionskriterium die Nahbereiche der Horst-Standorte kollisionsgefährdeter Brutvogelarten festgelegt. Hier ist in Abstimmung mit den Fachbehörden im Einzelfall zu prüfen, ob ggf. Teilbereiche in die Flächenkulisse einbezogen werden können. Zur Verringerung des Kollisionsrisikos für windenergiesensible Vogelarten sowie für Fledermäuse sieht das Bundesnaturschutzgesetz (Anlage 1) konkrete Schutzmaßnahmen vor.

Frage 9:

Gilt der Grunewald weiterhin als potenzielle Fläche für Windkraft, obwohl der Regierende Bürgermeister presseöffentlich und unmissverständlich erklärt hat, dass im Grunewald keine Bäume für ein Windrad gefällt werden?

Antwort zu 9:

Für den Bereich des Grunewalds wird aktuell eine frühzeitige Bürgerbeteiligung (10.06.2025 – 11.07.2025) durchgeführt. Der Regierende Bürgermeister wirkt aktuell auf Bundesebene darauf hin, dass die entsprechende gesetzliche Vorgabe geändert wird - mit dem Ziel, dass die Vorgaben für Stadtstaaten entsprechend angepasst werden.

Frage 10:

Ist dem Senat bekannt, dass die Stadtwerke Potsdam einen Windpark in unmittelbarer Nähe des Standortes Rieselfelder Gatow/Karolinienhöhe planen und wenn ja, wie bewertet er dies?

Antwort zu 10:

Ja. Der Senat hat die Planungen der Landeshauptstadt Potsdam im Rahmen von bilateralen Abstimmungen und der turnusmäßig stattfindenden Konsultationen im Kommunalen Nachbarschaftsforum Berlin-Brandenburg e.V. (KNF e.V.) zur Kenntnis genommen.

Berlin, den 18.7.25

In Vertretung

Slotty

.....

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen